

Ideologie-Kommission des Zentralkomitees wurde Anfang Mai im Parteiorgan „Prawda“ mitgeteilt, die Fertigstellung des Entwurfs setze weitere Textarbeit voraus – ein Hinweis auf Widerstände im Parteiapparat gegen zentrale Aussagen der geplanten neuen Religionsgesetzgebung.

Offenbar ist die Ablösung Chartschews aber nicht einfach mit einem Rückschlag für die von ihm bzw. seinem Amt vertretene neue Religionspolitik gleichzusetzen, sondern hat auch mit der Person und dem Auftreten des bisherigen Religionsministers zu tun. Vermutlich hat sich Chartschew in den Augen mancher Funktionäre zu sehr in den Vordergrund gedrängt; er sei zu arrogant aufgetreten, hieß es in Moskau. Aber auch das Verhältnis, Chartschews zur Führung der Russischen Orthodoxie war offensichtlich mit Problemen behaftet. Dem Vernehmen nach sollen seine Vorstellungen von innerkirchlicher Demokratisierung manchen auf ihre Stellung bedachten Hierarchen zu weit gegangen sein. So könnte Konstantin Chartschew – selbst kein Reformier – einer Koalition von konservativen Parteifunktionären und mißtrauischen orthodoxen Hierarchen zum Opfer gefallen sein.

Bleibt die Frage nach dem *weiteren Weg der sowjetischen Religionspolitik*. Es hat sich inzwischen gezeigt, daß die großen Erwartungen, die das mit erheblicher staatlicher Unterstützung gefeierte Millennium im letzten Jahr geweckt hat, teilweise etwas voreilig waren. Erleichterungen für die Kirchen und Religionsgemeinschaften sind zwar nicht zu leugnen: Immerhin wurden 1988 insgesamt 1610 Gemeinden neu registriert, während es im Jahr zuvor nur 104 gewesen waren. Aber selbst wenn – wovon man im Augenblick kaum ausgehen kann – der Entwurf des Rates für die Angelegenheiten der Religionen Gesetz würde, wäre der Freiraum für die Religionsgemeinschaften noch erheblich beschränkt. Für eine Auflösung des staatlichen Kirchenamts wie jetzt in Ungarn (vgl. ds. Heft, S. 272) ist die Zeit in der Sowjetunion wohl noch lange nicht reif. ru

## DDR: Ökumenische Versammlung bezieht Position

Mit einem Gottesdienst in der Kreuzkirche ging am 30. April in Dresden die dritte und letzte Zusammenkunft der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung der christlichen Kirchen in der DDR zu Ende, auf der zwölf Ergebnistexte zu den drei Themenfeldern verabschiedet wurden. Ebenfalls in Dresden hatte im Februar 1988 das erste Treffen stattgefunden; zu ihrer zweiten Zusammenkunft hatten sich die Delegierten der Ökumenischen Versammlung im Oktober vergangenen Jahres in Magdeburg getroffen. Veranstalter des Unternehmens war wie beim Forum für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der Bundesrepublik, das 1988 zweimal getagt hatte (vgl. HK, Dezember 1988, 522 f.), die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen, der in der DDR die *katholische Kirche* allerdings nur als Beobachter, nicht als Vollmitglied angehört. Daß die katholische Kirche dann die Einladung der AGCK zur vollen Teilnahme an der Ökumenischen Versammlung annahm (den entsprechenden Beschluß faßte die Berliner Bischofskonferenz am 1. Dezember 1987, also erst ein knappes Vierteljahr vor der konstituierenden Sitzung), bedeutete einen wichtigen Meilenstein für die ökumenische Zusammenarbeit in der DDR. Insgesamt schickten 19 Kirchen Delegierte zur Ökumenischen Versammlung; Neben den acht evangelischen Landeskirchen und der katholischen Kirche (sie stellte 25 von 150 Delegierten) waren zehn kleinere Mitgliedskirchen der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen vertreten.

Auf dem *ersten Treffen in Dresden* wurden die Weichen für die Arbeit der Ökumenischen Versammlung gestellt. Mehr als zehntausend Eingaben von Einzelpersonen, Gruppen und Gemeinden zu den drei Themenschwer-

punkten waren eingegangen; Arbeitsgruppen hatten im Vorfeld des Treffens die bisherigen offiziellen Äußerungen der beteiligten Kirchen zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung ausgewertet. Einen besonders nachdrücklichen Akzent setzten auf der Tagung selber die dort vorgetragenen neun „Zeugnisse der Betroffenheit“ z. B. zur Abgrenzungspolitik der DDR, zur Wehrdienstproblematik oder zum Waldsterben im Erzgebirge.

### Eine klare Bestandsaufnahme der DDR-Situation

Als Ergebnis des Dresdner Treffens im Februar 1988 wurden *zwölf thematische Arbeitsgruppen* eingesetzt: Drei zum Thema Gerechtigkeit (Mehr Gerechtigkeit in der DDR – Unsere Aufgabe und unsere Erwartung; Weltweite Strukturen der Ungerechtigkeit und unsere Verflochtenheit; Leben in Solidarität), vier zum Thema Frieden (Friedensethische Urteilsbildung im Bereich des Wehrdienstes, der vormilitärischen Ausbildung und im Berufsleben; Übergang von einem System der Abschreckung zu einem System der politischen Friedenssicherung; Friedenshandeln in Familie, Kirche und Gesellschaft; Kirche als Kirche des Friedens) und fünf zur Bewahrung der Schöpfung (Energie und Zukunft; Lebensweise – Wertewandel; Bewußtseinsbildung und Information; Ökologie und Ökonomie im Rahmen gesellschaftlicher Strukturen; Vom Wert des menschlichen Lebens). Eine dreizehnte Arbeitsgruppe sollte sich mit der theologischen Grundlegung und mit Verknüpfungsmöglichkeiten zwischen den drei Themenkomplexen befassen.

Bei der zweiten Zusammenkunft in

Magdeburg konnten dann im Oktober 1988 neun von zwölf Textentwürfen von den Delegierten verabschiedet und Gruppen und Gemeinden zur Diskussion und Stellungnahme unterbreitet werden, darunter der Grundlagentext „Umkehr zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“, der den biblischen Begriff des „Schalom“ als verbindendes Element in den Mittelpunkt stellt. Drei Entwürfe wurden erst nach der Tagung endgültig formuliert und vom Präsidium der Ökumenischen Versammlung im Januar dieses Jahr veröffentlicht. Es handelt sich dabei um besonders sensible Themen, die den Delegierten aus den neunzehn Kirchen wegen der bestehenden Meinungsunterschiede auch entsprechende Schwierigkeiten bereiteten: Mehr Gerechtigkeit in der DDR; Orientierungen und Hilfen zur Entscheidung in Fragen des Wehrdienstes und der vormilitärischen Ausbildung; Den Menschen dienen – das Leben bewahren.

Auch beim *abschließenden Treffen der Ökumenischen Versammlung* wurde über einige Fragen nochmals kontrovers diskutiert (die Arbeit der Versammlung war weitgehend nichtöffentlich). Es gelang aber, alle zwölf Ergebnistexte mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit zu verabschieden (die Texte sind als epd-Dokumentation 21/89 zugänglich). Nicht alle Texte sind von gleichem Gewicht und in ihrer Argumentation gleichermaßen überzeugend; zusammengenommen bieten sie aber eine ehrliche und klare *Bestandsaufnahme der DDR-Situation* am Leitfaden der drei Stichworte des „konziliaren Prozesses“, formulieren Kritikpunkte und Perspektiven für die Entwicklung der DDR aus der Sicht des christlichen Glaubens und der aus ihm sich ergebenden gesellschaftlichen Verantwortung und nennen zahlreiche konkrete Vorschläge für das Handeln der einzelnen Christen, ihrer Gemeinden und Kirchen. Das gilt für die Aussagen zur *Umweltproblematik* (gefordert werden u. a. eine ausreichende, sachgerechte und ungeschminkte Information über ökologische Probleme und Zusammenhänge, eine Neuorientierung in der Energiepolitik und eine ökologisch verant-

wortbare Gestaltung der industriellen Produktion) ebenso wie für diejenigen zur *Friedenserziehung* (es wird die Abschaffung des Wehrunterrichts an den Schulen und die Entfernung militärverherrlichender Inhalte aus Lehrbüchern und -plänen verlangt) oder zur *Solidarität mit der Dritten Welt* und den in der DDR lebenden Ausländern.

## Nicht in allen Punkten wurde man sich einig

Im Text über die *Wehrdienstproblematik* werden Orientierungen und Entscheidungshilfen sowohl für die (in der DDR gesetzlich nicht erlaubte) Wehrdienstverweigerung, für den waffenlosen Wehrdienst als Bausoldat wie für den Wehrdienst mit der Waffe formuliert. Man müsse sich bewußt sein, daß das Gewissen des einzelnen in der Frage des Wehrdienstes unterschiedlich sein könne. „Die Kirchen und jeder einzelne Christ werden die gefällte Entscheidung achten und sich für diejenigen einsetzen, die wegen ihrer Entscheidung leiden oder benachteiligt werden.“ An anderer Stelle wird die vom Evangelischen Kirchenbund schon vor Jahren formulierte Absage an „Geist, Logik und Praxis der auf Massenvernichtungsmittel gegründeten Abschreckung“ als gemeinsame Aussage der Ökumenischen Versammlung aufgenommen. Beim Thema *Lebensschutz* wird festgehalten, daß eine Schwangerschaft aus verschiedenen Gründen zu einer schweren Belastung werden könne, gleichzeitig aber festgestellt, das mit der Befruchtung der Eizelle beginnende Menschenleben habe als von Gott geschaffenes und von ihm geliebtes Wesen Lebensrecht. Christen sollten durch ihr Leben deutlich machen, „daß Schwangerschaftsabbruch kein Mittel der Geburtenregelung ist“.

Auf dem Hintergrund der gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Situation in der DDR kommt neben dem Grundlagentext dem Text über „Mehr Gerechtigkeit in der DDR“ besondere Bedeutung zu. Er läßt sowohl in der Analyse wie in den daraus abgeleiteten Forderungen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: Die umfas-

sende ideologische Erziehung führe oft zu Konformismus und Opportunismus; der grundsätzliche Anspruch der Staats- und Parteiführung, in Politik und Wirtschaft zu wissen, was für den einzelnen und für die Gesellschaft als Ganzes notwendig und gut sei, führe dazu, daß sich der Bürger als Objekt umsortiert erfahre, aber viel zu wenig eigenständige, kritische und schöpferische Mitarbeit entfalten könne.

Es brauche in der DDR den ehrlichen Meinungs-austausch bei gemeinsamen Angelegenheiten und eine Atmosphäre, die den Mut zur Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten fördere. Nötig seien abgegrenzte Zuständigkeiten auf verschiedenen Ebenen des Staates sowie eine *klare Trennung der Kompetenzen von Staat und Partei*. Das Wahlrecht solle reformiert werden; der Wähler müssen geheim unter mehreren Kandidaten auswählen können. Gefordert werden *Chancengleichheit im Bildungswesen* unabhängig von ideologischen Überzeugungen, die freie Entfaltung von Kunst und Kultur und die ungehinderte Möglichkeit für die Bürger, sich zu versammeln und in selbständigen Vereinigungen zusammenzutun.

Gemeinsam formulierte die Versammlung in ihrem Grundlagentext „Umkehr zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ der DDR-Sozialismus brauche eine Umgestaltung in Richtung auf mehr Demokratie, Offenheit und Rechtlichkeit. *Nicht einig* wurde man sich allerdings erwartungsgemäß über die Einschätzung des Sozialismus als gesellschaftlich-politischer Leitvorstellung. Als „offene und umstrittene Fragen“ werden u. a. genannt: „Welches sind die bestimmenden Elemente und Werte einer sozialistischen Gesellschaft?; Wie stehen wir zum geschichtlichen Weg unseres Landes?; Was heißt es, Deutscher in der DDR zu sein?; Wie können wir gemeinsam theologische Grundorientierungen finden für unsere politische Verantwortung in der Gesellschaft und für den Dialog zwischen Christen und Marxisten?“ Bei dem Versuch, die geschichtlichen Hintergründe und die

gegenwärtigen Verhältnisse der DDR zu verstehen und zu beschreiben, habe man in wichtigen Punkten keine Position finden können. Deshalb brauche es ein offenes Gespräch untereinander und in der Gesellschaft.

Im „Wort an die Gemeinden“, das zum Abschluß der Ökumenischen Versammlung verlesen wurde, heißt es denn auch, viele Fragen stellten sich am Ende schärfer als am Beginn der Versammlung. Gleichzeitig stellt der Text aber auch fest: „Die neu erfahrene Gemeinschaft von 19 Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften haben wir als kostbares Geschenk Gottes angenommen. Die ökumenische Dynamik unserer Versammlung ist nicht umkehrbar; wir haben sie als hoffnungsvoll für den weiteren Weg unserer Kirchen erlebt.“ Bischof *Bernhard Huhn* (Görlitz), der als Ökumenebeauftragter der Berliner Bischofskonferenz in Dresden die Ergebnistexte für die katholische Kirche entgegennahm, nannte die Versammlung einen „neuen Schritt ökumenischer Erfahrung“.

### Eine differenzierte katholische Stellungnahme ist vorgesehen

Tatsächlich bedeutete es für die katholische Kirche der DDR einen *Sprung über den eigenen Schatten*, sich zusammen mit den anderen Kirchen den Themen des konziliaren Prozesses in ihrer Anwendung auf die Verhältnisse in der DDR zu stellen und sich um gemeinsame Analysen und Antworten zu bemühen. Vorgearbeitet in diese Richtung hatte z. B. Bischof *Joachim Wanke* (Erfurt), mit seinem Grußwort an die Synode des Kirchenbundes im Herbst 1986. Dort hatte Wanke ausgeführt, er würde als katholischer Bischof begrüßen, „wenn es uns gelänge, die Stimmen der Christen in diesem Land zu einem eindrucksvollen Zeugnis, etwa für einen Frieden in Freiheit und Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit, zu vereinen“. Wichtig waren aber wohl vor allem die Erfahrungen des Dresdener Katholikentreffens von 1987 (vgl. HK, August 1987, 363 ff.), wo sich zeigte, daß

auch vielen Katholiken die im konziliaren Prozeß verhandelten Themen auf den Nägeln brennen.

Ebensowenig wie das Dokument des bundesdeutschen ACK-Forums zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung und das Schlußdokument der Europäischen Ökumenischen Versammlung von Basel (vgl. ds. Heft, S. 284) sind die Ergebnistexte von Dresden für die beteiligten Kirchen verbindlich. Bischof *Huhn* wies darauf hin, für die katholische Kirche bedeute die Entgegennahme der Arbeitspapiere verständlicherweise noch keine Textübernahme oder Zustimmung zu den Inhalten.

## Afrika: Fünfter Pastoralbesuch Johannes Pauls II.

Mit zwei von ihren vier Stationen schloß die fünfte Afrikareise des Papstes geographisch unmittelbar an den erst sieben Monate zurückliegenden vierten Pastoralbesuch auf dem afrikanischen Kontinent an. Hatte Johannes Paul II. im September des vergangenen Jahres Zimbabwe, Botswana, Lesotho, Swaziland und Mozambik besucht (vgl. HK, Oktober 1988, 460 f.), so standen diesmal mit Sambia und Malawi zwei weitere Länder des südlichen Afrika auf dem Programm, beide vor ihrer 1964 erreichten Unabhängigkeit Teil des britischen Kolonialreichs. Die ersten Tage seiner Reise, die vom 28. April bis zum 6. Mai dauerte, widmete Johannes Paul II. zwei frankophonem Ländern bzw. Territorien im Indischen Ozean: dem sprachlich-kulturell dem malaiischen Kulturkreis zugehörigen Madagaskar, das 1960 von der bisherigen Kolonialmacht Frankreich in die Unabhängigkeit entlassen wurde, und dem benachbarten französischen Überseedépartement La Réunion, dessen Bevölkerung sich aus Afrikanern, Madagassen, Indern und Europäern zusammensetzt. In La Réunion sind fast 90 Prozent der Einwohner katholisch; in den anderen Ländern, denen die 41. Auslandsreise des Papstes galt, machen die Katholi-

ken jeweils einen ansehnlichen Teil der Bevölkerung aus: 22 Prozent der Madagassen sind katholisch (ca. 20 Prozent sind Protestanten verschiedener Denominationen, sieben Prozent Muslime, über die Hälfte der Bevölkerung sind Anhänger von Naturreligionen); Sambia zählt 28 Prozent Katholiken (10 Prozent Protestanten); in Malawi stellen die Katholiken ca. 20 Prozent der Bevölkerung, die insgesamt zu etwa zwei Dritteln christlich ist (16 Prozent sind Muslime).

Monsignore *Dieter Grande* (Berlin), der von katholischer Seite zum Präsidium der Versammlung gehörte, kündigte in Dresden an, die Berliner Bischofskonferenz werde voraussichtlich bei ihrer nächsten Vollversammlung im Juni festlegen, wie mit den Ergebnissen der Ökumenischen Versammlung weiter verfahren werden solle. Gedacht sei an eine Umstrukturierung der Arbeitsgruppe „*Iustitia et Pax*“ (durch sie war die katholische Kirche an der Versammlung vertreten), zu einem Organ, das die Weiterarbeit leisten könne. Außerdem sei eine „differenzierte Stellungnahme“ zu den Texten vorgesehen. *U. R.*

### Schützenhilfe für den einheimischen Episkopat

Beim Afrikabesuch im letzten September richtete sich das Interesse vorrangig auf die Äußerungen Johannes Pauls II. zur Situation in der Republik *Südafrika*, die vom Besuchsprogramm ausgespart war, auch wenn der Papst aufgrund technisch-klimatischer Störungen dann doch südafrikanischen Boden betreten mußte. Diesmal war das Thema *Apartheid* nur eines unter vielen. In Sambia (in dessen Hauptstadt Lusaka der „African National Congress“ sein Hauptquartier hat) ließ es der Papst an deutlichen Worten allerdings nicht fehlen. In seiner An-